Wählergemeinschaft
GEMEINSAM für
BAUNATAL

mail: info@gemeinsamfuerbaunatal.de
www.gemeinsamfuerbaunatal.de

Baunatal, den 26. Mai 2025

Standpunkt: Wir wünschen uns Ehrlichkeit und Verantwortung in der Haushaltsdebatte

Wir, die Wählergemeinschaft GEMEINSAM für BAUNATAL, beobachten mit Bedenken die aktuelle Diskussion um den städtischen Haushalt. Insbesondere die Beiträge der Mehrheitsfraktionen enttäuschen uns, da sie ihre Verantwortung für die finanzielle Lage der Stadt nicht ausreichend reflektieren.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt deutlich: Vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2024 ist die Rücklage aus ordentlichen Ergebnissen von 84 Millionen Euro auf 52 Millionen Euro gesunken – ein Rückgang um rund 32 Millionen Euro in neun Jahren.[1] Verantwortlich für die Haushaltsführung in diesem Zeitraum war zuletzt der Erste Stadtrat Daniel Jung, der sich selbst als erfahrener Berater aus der Wirtschaft beschreibt.[2]

Statt klare Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu benennen, spricht der Erste Stadtrat vage von „Heilungsprozessen".[3] Eine transparente Aufarbeitung der Ursachen der strukturellen Defizite fehlt weiterhin.

Die SPD-Fraktion führt die finanzielle Schieflage wiederholt auf externe Faktoren wie Migration, Corona-Krise und den Ukraine-Krieg zurück.[4] Diese Argumentation greift aus unserer Sicht zu kurz und blendet die haushaltspolitischen Versäumnisse der letzten Jahre aus – insbesondere die fehlende Rücklagenbildung trotz langjähriger Steuermehreinnahmen.

Auch die CDU trägt eine Mitverantwortung. Der Fraktionsvorsitzende betonte im Stadtparlament zwar die Notwendigkeit von Einsparungen und lehnte jedoch Steuererhöhungen ab.[5] Nun unterstützt die CDU gemeinsam mit der SPD Leitlinien, die eine pauschale Reduzierung der städtischen Ausgaben um fünf Prozent vorsehen und loben die „umsichtige Haushaltspolitik vergangenen Jahre.[6]

Diese Leitlinien sollen dazu dienen, 30 Millionen Euro[7] der Gesamtaufwendungen in 2025/2026 zu sparen, definieren aber, dass es zu keinen entsprechenden Maßnahmen kommen kann:

So sollen unter anderem moderne Kita-Gebäude geschaffen und das Begleitprogramm zu Standardaufgaben der Kitas (sogenannte Baunataler Bildungskette) nicht evaluiert werden.

Personalstellen in der Verwaltung sollen betriebsbedingt nicht gekündigt, aber vor einer Nachbesetzung kritisch betrachtet werden. Dies sollte grundsätzlich gelten und nicht erst heute gefordert werden.

Ebenso ist unklar, warum die kostenintensive Stelle eines hauptamtlichen Ersten Stadtrats (250.000 Euro pro Jahr) nicht in die Debatte einfließt und stattdessen am 23. Juni verlängert werden soll, wenngleich die Leitlinien festlegen, dass Organisationsänderungen mit personellen Auswirkungen an dem durch sie zu erzielenden Mehrwert zu bemessen seien.[8]

Für uns ist es daher wenig überraschend, dass die Mehrheitsfraktionen keine konkreten Vorschläge machen, wie die geplanten Einsparungen von 30 Millionen Euro in zwei Jahren gelingen sollen – ihre eigenen Leitlinien stehen dem im Weg.

Verantwortung teilen statt Verantwortung abschieben

Auch möchten wir auf die Anmerkungen der Mehrheitsfraktionen eingehen, die verlangen, dass der Bürgermeister Haushaltsvorlagen entwirft. Die Verantwortung für die Vorlage eines genehmigungsfähigen Haushaltsplans liegt gemäß der Hessischen Gemeindeordnung (HGO)[9] nicht beim Bürgermeister als Vorsitzendem des Magistrats, sondern beim Magistrat selbst als kommunalem Selbstverwaltungsorgan. Der Bürgermeister nimmt in diesem Gremium nicht die Rolle eines Vorgesetzten ein, sondern fungiert als dessen Vorsitzender.

Angesichts der Tatsache, dass bislang kein Haushaltsplan durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, ist eine sachliche Auseinandersetzung mit der Verteilung der Verantwortlichkeiten geboten. Insbesondere stellt sich die Frage, ob die Ursachen für die Verzögerungen und Defizite nicht auch im magistratsinternen Entscheidungsprozess zu suchen sind – einem Gremium, das mehrheitlich mit Mitgliedern der Fraktionen von SPD und CDU besetzt ist.

Beide Fraktionen tragen Verantwortung – sowohl im Magistrat als auch in der Stadtverordnetenversammlung – und werden sich der Notwendigkeit von Einsparmaßnahmen und möglichen Steuererhöhungen nicht entziehen können. Die dauerhafte Strategie, die Verantwortung einseitig auf den Bürgermeister zu verlagern, erscheint weder zielführend noch konstruktiv. Vielmehr erweckt ein solches Vorgehen den Eindruck politischer Taktik und soll womöglich von Fehlentscheidungen des Ersten Stadtrats ablenken oder möglicherweise im Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen im Jahr 2026 dazu dienen, unpopuläre Entscheidungen zu nicht zu treffen.

Es stellt sich daher die Frage, ob das Ausweichen ein Versuch ist, Gegenwind aus der Wählerschaft zu entgehen, anstatt tragfähige Lösungen für die Haushaltskonsolidierung zu entwickeln.

32 Millionen Euro: Aufgebaut in Jahrzehnten - aufgebraucht in neun Jahren.

Für eine transparente Auseinandersetzung wäre es wünschenswert, wenn auch die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung veröffentlicht würden. So kann der Eindruck entstehen, dass Teile der Ergebnisse auf Versäumnisse der vergangenen Jahre oder Jahrzehnte zurückzuführen sind und man keine Verantwortung übernehmen möchte.

Wir wünschen uns eine ehrliche und transparente Diskussion über die finanzielle Situation unserer Stadt. Dazu gehören klare Analysen der bisherigen Ausgabenpolitik und konkrete Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung. Nur so kann das Vertrauen der Baunatalerinnen und Baunataler zurückgewonnen und die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Stadt gesichert werden.

[1] Stadt Baunatal, 2024. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 – Doppelhaushalt, Stand März 2024 [online]. S. 14. Verfügbar unter: https://www.baunatal.de [Zugriff am 24. Mai 2025]. Alle Zahlen gerundet.

[2] NH24.de 2024. *Unerwarteter Garant der Kontinuität in Baunatal*. NH24.de, 3. Februar [online]. Verfügbar unter: https://nh24.de/2024/02/03/unerwarteter-garant-der-kontinuitaet-in-baunatal/ [Zugriff am 24. Mai 2025].

[3] ebd.

[4] NH24.de, *2022.* Baunataler Nachtragshaushalt findet große Parlamentsmehrheit, 23. Juni [online]. Verfügbar unter: https://nh24.de/2022/06/23/baunataler-nachtragshauhalt-findet-grosse-parlamentsmehrheit/ [Zugriff am 24. Mai 2025].

[5] CDU Baunatal, 2023. Haushaltsrede der CDU-Fraktion. In: Baunataler Nachrichten, Ausgabe 6/2023 [online]. Verfügbar unter: https://www.baunatal.de/de-wAssets/docs/aktuelles/baunataler-nachrichten/2023/2023_06.pdf [Zugriff am 24. Mai 2025].

[6] Stadtverordnetenversammlung Baunatal, *2025.* Leitlinien für den Haushalt 2025 und 2026 – Antrag der SPD- und CDU-Fraktion, Öffentliche Niederschrift vom 03.02.2025 [online]. S. 4. Verfügbar unter: https://rim.ekom21.de/baunatal/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZUkT-w1iY3CTgBKYQeiZ0BKZ5Kl1Pk4nRWFj5G3R3RPp/Oeffentliche_Niederschrift_Stadtverordnetenversammlung_03.02.2025.pdf [Zugriff am 24. Mai 2025].

[7] Magistrat der Stadt Baunatal (2025): Erarbeitung von Ergebnisverbesserungspotenzialen. Sitzungsvorlage SPD_2025-03-28. [online]. Verfügbar unter: https://rim.ekom21.de/baunatal/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZbJb2mBSGmocFuYRfu0KJHyFfzK0Em WzWLYiJ-QE3VCi/SPD_2025-03-28_Erarbeitung_von_Ergebnisverbesserungspotenzialen.pdf [Zugriff am 24. Mai 2025].

[8] Stadtverordnetenversammlung Baunatal, *2025.* Leitlinien für den Haushalt 2025 und 2026 – Antrag der SPD- und CDU-Fraktion, Öffentliche Niederschrift vom 03.02.2025 [online]. S. 4. Verfügbar unter: https://rim.ekom21.de/baunatal/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZUkT-w1iY3CTgBKYQeiZ0BKZ5Kl1Pk4nRWFj5G3R3RPp/Oeffentliche_Niederschrift_Stadtverordnetenversammlung_03.02.2025.pdf [Zugriff am 24. Mai 2025].

[9] Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (o. J.): Hessische Gemeindeordnung (HGO) – § 66 Aufgaben des Gemeindevorstands. [online]. Verfügbar unter: https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/jlr-GemOHEpP66 [Zugriff am: 24. Mai 2025].